

General-Anzeiger für Halle und die Provinz Sachsen



Verlagsgesellschaft: Dr. Ulrichstraße 16, Ecke Zähringstraße 12 bis 14 bezw. Wühlerstraße 1. Einzahlung für Verlag und Anzeigenannahme: Dr. Ulrichstraße 16. — Fernsprech-Zammelnnummer 7981. Druckort: in Halle. Druckerei: C. E. Neumann, Neuenhagen 49 in Giebichenstein (Tel. 1103). Bezugspreis für die Redaktion: Hermannstr. 16, in Halle.

Nummer 11

Halle, Montag den 14. Januar

1918

Die Verhandlungen in Berlin.

(Von unserem Berliner Berichterstatter.)

Die Ansichten darüber, was sich hinter den verschlossenen Türen des Kaiserpalastes bei den Beratungen zwischen den führenden Persönlichkeiten, zwischen der politischen und militärischen Leitung in Gegenwart des Kaisers abspielt, gehen nach wie vor auseinander. Nur soviel läßt sich sagen, daß besonders orientierte Kreise die Auffassung vertreten, es handle sich um den Versuch eines völligen und endgültigen Ausgleiches über die Gegenstände und Differenzen, die in der letzten Zeit zwischen der Heeresleitung und der politischen Leitung hervorgerufen. Nach dem Berliner Tageblatt werden die Entscheidungen nicht heute und nicht so schnell fallen wie man erwartet hat: Man ist heute weniger geneigt an sofortige Entscheidungen zu denken, als man es früher zu glauben, welches unannehmlich für welche die politische Leitung die Verantwortung nicht übernehmen will. Es scheint, so führt das Berliner Tageblatt an, daß sich mindestens drei Punkte herausheben lassen, die sich klarer abzeichnen lassen müßten, als die Verhandlungen in Brest-Litowsk zu einem Ergebnis führen oder nicht. Die „Post“ überstreicht ihren Aufsatz im Abend-

blatt: Vor der Lösung der Krise. Das Blatt führt aus: Die Empörung des Kaisers und der oberen Heeresführung durch den Kaiser haben gegen eine Lösung der militärischen und politischen Fragen angebahnt, die zu einer kritischen Prüfung geführt hätten. Man darf annehmen, daß in den wesentlichen Punkten ein Einvernehmen zwischen der militärischen und politischen Leitung erzielt ist, wobei die von der Obersten Heeresleitung vertretenen Gesichtspunkte in vollem Maße zur Geltung kommen werden. Es ist anzunehmen, daß die gemeinsame Besprechung beim Kaiser das Ergebnis der Vorbesprechung bestätigen wird.

Der „Berl. Lokal-Anz.“ behauptet, daß in der politischen Frage eine Aenderung der Auffassung der maßgebenden Kreise in Deutschland nicht erfolgt ist. Das Blatt schreibt: Wenn in den letzten Tagen behauptet worden ist, daß für die Lösung der politischen Frage der im vorigen Sommer in Aussicht genommene Ausfall des neuen Krieges in die Donaumündung nicht mehr in Frage komme, so wird eine solche Annahme als unzutreffend bezeichnet. Auf deutscher Seite ist jedenfalls ein Kurswechsel in der politischen Frage nicht erfolgt. Unter Berliner Berichterstatter meinet auch noch, daß die Nachricht, Herr v. Kählmann sei in Berlin

eingetroffen, unzutreffend ist; ebenso die Nachricht, daß Graf Bernstorff aus Konstantinopel nach Berlin gereist sei. Es handelt sich dabei um eine Verwechslung: Graf Bernstorff blugau, unser Gesandter in Kopenhagen, hat sich augenblicklich in Berlin auf, doch handelt es sich dabei nur um die Erledigung von persönlichen Angelegenheiten.

Ueber die Empörung beim Kaiser meinet der „Berl. Lok.-Anz.“ nach folgenden Einzelheiten: Den Beginn machte eine Besprechung des Kaisers mit dem Kronprinzen. Dann kam der Unterstaatssekretär Freiherr von dem Busche zum Vortrag, worauf der Reichsstatler, Graf Hertling und Generalstabschef v. Hindenburg gemeinsam empfangen wurden. Dann hielt der Kaiser den Feldmarschall, der, wie anzunehmen ist, mit Zubehör heute abend wieder abreisen dürfte, noch längere Zeit zu eingehenden Vorträgen zurück. Nach Graf Hertling ist heute vom Kaiser empfangen worden. Der Kaiser wird nicht am nächsten Mittwoch im Hauptquartier das Wort ergreifen, sondern damit noch in Frage warten, bis eine weitere Klärung der Lage eingetreten ist.

Die „Deutsche Zeitung“ fordert die Regierung zu einem Kampfe mit der Sozialdemokratie an. Das Blatt schreibt: Nach Lage der Dinge und da man seitens

der Regierung nach wie vor, auf eine gewisse Ueber-einstimmung mit dem Reichstage legt, laßt sich auf den Vertretern des Reichstages eine große Verantwortung. Wir glauben, daß auch eine wirklich staatsmännlich denkende Regierung an der Ueberzeugung gelangen müßte, daß wir zu einer Geländung nur noch gelangen können, wenn man sich vorzuziehender bei den ungeliebten Friedensresolutionen vom 19. Juli löst. Allerdings müßte dann die Regierung den Wert zu einem Bruch mit der Sozialdemokratie finden. Die anderen Parteien würde sie wenigstens zu großen Teilen hinter sich haben. Im Zentrum würde vielleicht eine Spaltung eintreten, während wohl auch die Fortschrittler sich in ihrer Mehrheit auf den Boden einer deutschen Antisozialismus stellen würden. Sinnföhrlich des Plans ist man in maßgebenden politischen Kreisen überflüssig und glaubt, daß der Verlust von Brest-Litowsk das noch Ungeföhren die Augen darüber öffnet hat, daß wir uns auf solchem Wege befinden. Man stellt sich eine Ueber-einstimmung zwischen dem Reichstage, dem Kronprinzen und der Obersten Heeresleitung zu erzielen ist, welcher sich dann die Führer der großen Parteien anschließen werden, vielleicht mit Ausfall der Sozialdemokratie. In diesem Falle wäre die Entscheidung beim Kaiser nicht allzu schwierig.

Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

Die Territorialfragen in der Kommission. (R. A.) Brest-Litowsk, 13. Januar. Die am 11. d. M. konstituierte deutsch-österreichisch-ungarische Kommission für Beratung der territorialen Fragen hielt am 11. und 12. d. M. drei lange Sitzungen ab, die folgenden Verlauf nahmen:

Zunächst wurde festgestellt, daß an erster Stelle des abzuschließenden Friedensvertrages die Vereinbarung des Kriegszustandes zwischen den kriegführenden Teilen ausgedrückt werden soll. Dagegen lehnte es Trocki ab, anschließend hieran, auszusprechen, daß die vertragsabschließenden Teile entschlossen seien, fortan in Frieden und Brudersinn zu leben. Herr Trocki fand, daß dies eine deklarative Phrase sei. Nach einer Diskussion wurde beschlossen, auf den Gegenstand in einem späteren Zeitpunkt nochmals zurückzukommen. Im weiteren Verlauf der Besprechungen wurde festgestellt, daß ein Einmengen des Reiches, die Klärung der von den Kriegführenden besetzten Gebiete prinzipiell auf die Grundlage der vollen Gegenständigkeit zu stellen. In einem späteren Zeitpunkt der Verhandlungen wurde Perlen aus diesem Zusammenhang geföhrt, da es nicht fröhführbarer Teil sei. Es kam dann die Frage zur Besprechung, auf welchem Zeitpunkt die Klärung der besetzten Gebiete zu erfolgen haben werde. Der deutsche Vorschlag ging dahin, die Klärung am den Zeitpunkt zu knüpfen, an welchem nach Friedensschluß Rußland seine Streitkräfte demobilisiert haben werde. Trocki prägte demgegenüber den Wunsch aus, die Klärung der besetzten Gebiete prinzipiell mit dem Verlauf der beiderseitigen Demobilisierungen durchzuführen.

Nach einem Hinweis des Herrn von Kählmann darauf, daß nach dem russischen Vorschlag die Klärung der besetzten Gebiete bis zum Abschluß des allgemeinen Friedens hingezögeln müßte, wurde die Beratung über diesen Punkt abgebrochen. Es gelangte nun die Frage zur Erörterung, auf welche Teile der besetzten Gebiete sich die Klärung zu erstrecken habe. Hierzu führte der Staatssekretär

von Kählmann aus: Wie aus der Definition der Klärung hervorgeht, erstreckt sie sich nur auf diejenigen besetzten Gebiete, welche nach Teile des Staatsgebietes derjenigen Macht sind, mit der der Friede geschlossen wird. Auf solche Gebiete, welche bei Eintritt des Friedens nicht mehr Teile dieses Staatsgebietes bilden, erstreckt sie sich nicht.

Es würde also in eine Unter-einbarung einzureiten sein, welche Teile des russischen Gebietes bei Eintritt des Friedens als zum russischen Gebiete gehörig betrachtet werden können. Wir behaupten, daß in Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes in einem Teile der von uns besetzten Gebiete die zur Vertretung der betreffenden Völler de facto zu vertretenden bevollmächtigten Repräsentanten ihre Selbstbestimmungsrechte geltend machen haben, denn daß diese Gebiete heute nicht mehr als zum russischen Reich in seinem ehemaligen Umfang gehörig betrachtet werden können.

Diesem erklärte Trocki: Wir können die Anwendung des Prinzips der Selbstbestimmung nicht anders anerkennen als gegenüber den Völlern selbst und nicht etwa gegenüber gewissen privilegierten Teilen. Wir müssen die Auffassung des Vorliegenden der deutschen Delegation ablehnen, welche dahin ging, daß sich der Wille in den besetzten Gebieten durch tatsächlich bevollmächtigte Organe äußere. Denn diese tatsächlich bevollmächtigte Organe konnten sich nicht berufen auf die von uns proklamierten Prinzipien.

Anschließend an die prinzipiellen Ausführungen entwickelte sich eine lange Debatte.

Staatssekretär von Kählmann erklärte: Unsere Auffassung geht dahin, daß die Selbstbestimmungsrechte nicht besteht und im der Lage ist, rechtsverbindliche Entscheidungen über die Grundlage ihres Teilens abzugeben, sobald irgend einer zur Vertretung und als Sprachrohr geeigneter Vorkörper als Ausdruck des unabweisbaren Willens der überwiegenden Mehrheit des betreffenden Volkes den Entschluß zur Selbstbestimmung und zur Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes fähig ist. Hierbei wies Kählmann auf die Beispiele

Finnlands und der Ukraine hin, welche sich je im Sinne der deutsch-österreichisch-ungarischen Konventionen hätten und welchen die Petersburger Regierung die Selbstbestimmungsrechte anerkannt hat.

Demgegenüber bemerkte Trocki: Finnland war nicht einseitig von fremden Truppen. Der Wille des finnischen Volkes hat sich in einer Art und Weise geäußert, die als demokratisch bezeichnet werden kann und muß, und von anderer Seite konnte nicht die gleiche Einwirkung ausgeübt werden, daß der geäußerte Wille des finnischen Volkes auch tatsächlich in die Praxis umgesetzt wird.

Was die Ukraine anbelangt, so ist dort der Wunsch einer demokratischen Selbstbestimmung noch nicht durchgeführt. Da aber die Ukraine andererseits nicht befreit ist von ausländischen Truppen und die Klärung des ukrainischen Gebietes durch die russischen Truppen keinerlei Schwierigkeiten bereiten kann, so sehen wir keinerlei Hindernisse dagegen, daß die Selbstbestimmung des ukrainischen Volkes auf dem Wege der Anerkennung der unabhängigen ukrainischen Republik erfolgt.

Aus den weiteren Verhandlungen stellte zusammenfassend Staatssekretär von Kählmann fest:

Trocki scheint bereits die in den besetzten Gebieten vorhandenen Organe der Volksvertreter als provisorische Organe anzuerkennen, wenn diese Anbestelle nicht militärisch besetzt wären und er würde diesen dann auch die Befugnisse anerkennen, das von ihm geleitete Referendum durchzuführen.

Herr Trocki erklärte hierzu, daß Bemerkungen vom Landtage, Volksvertretungen und dergl. als Verkörperungen des Willens eines bestimmten einflussreichen Teiles der Bevölkerung angesehen werden könnten, die aber nur Grund zur Klärung bilden, daß das betreffende Volk mit seiner staatlichen Position unzufrieden sei. Hieraus ergäbe sich die Schlussfolgerung, daß ein Referendum eingeholt werden müßte, wozu aber die Schaffung eines Organs Vorbereitung ist, das die freie Abstimmung der Völler garantieren könne.

Im weiteren Verlaufe der Besprechungen erklärte

Vor wichtigen Ereignissen in Petersburg?

Genf, 13. Januar. Das Journal de Geneve meinet nach einer privaten Petersburger Depesche: In Petersburg werden wichtige Ereignisse erwartet. Lenin wird eine große Rede halten. Von ihrer Aufnahme wird es abhängen, ob er an der Macht bleibt. Der Linke Flügel der Sozial-Revolutionäre schlug den Maximilian einen Wandel vor, das dieser Realitäten die Mehrheit in der Konstituante sichern würde. Die Grundlagen

dieses Wandels sind folgende: die Konstituante proklamieren Rußland zur Bundesrepublik, unterzeichnet den allgemeinen Frieden, annulliert alle Zensurverordnungen, beschlagnahmt die Banken, anerkennt alle Staatsanleihen und löst für jede Gegen eine Konstituante ein.

Stabschefleutnant Max Müller t.

München, 14. Januar. Der deutsche Fliegerleutnant Max Müller, Ritter des Ordens Pour le Merite, ist bei der Jagd auf die See in der Nähe

von Cambrai nach seinem 38. Aufstieg infolge Ausangeföhrtes tödlich verunglückt und so unbefähigt für das Vaterland gefallen.

Große Störungen des Verkehrs in Berlin durch Schneefälle.

Berlin, 13. Januar. Die Schneefälle der letzten Nacht und des heutigen Tages haben in Berlin große Störungen im Verkehr hervorgerufen. Die Stadtbahnzüge waren unregelmäßig, und die elektrischen Bahnen haben zum

Teil ihrer Verkehr einstellen müssen. Die Omnibuslinien fahren überaus spät. Es wird darauf hingewiesen, daß in Berlin seit 7 Tagen mit einigen Unterbrechungen fortwährend Schnee gefallen ist: Eine Erstgattung, welche seit Jahren nicht vorgekommen ist. Das Berliner Publikum ist bemüht, mit großer Geduld unter den schwierigsten Umständen den Schnee fortzuschaffen, aber sargt nicht das Berliner Publikum angelehnt des fortwährenden Schneeeinbruchs vor einer Unmöglichkeit, die Unfälle zu vermeiden.

Dreilähriges Fliegerabfuhrberg dnt.

Von Hauptmann Otto Lehmann.

Mit kleinen Anfängen hat sich im Verlaufe der Zeit allmählich entwickelt, hat sich stetig erweitert und schnell feste Gestalt angenommen. Der Kampf in der Luft ist bergsteigerlich mit dem Weiterfließen der aufblühenden Aviatik. Die Flieger sind im Stellungskrieg mehr und mehr zur Hauptrolle der Luft geworden.

Die Flieger sind nicht nur für die Beobachtung der Feinde auf der Erde, wer aus der Luft beobachten und sehen will, was ihm feinde vorzuzieh, hier beobachtet und gefehen von all denen, die ihm den Einblick berechnen wollen und mühen nicht allzu einflussreich nur noch der Kampf über das Luftverhältnis.

Es ist auf jeden Fall sehr lehrreich, an den Folgen der Abfälle im Sommer während der Fliegerkämpfe und danach der Fliegerkämpfe zu verfolgen. Insbesondere genau Angaben fehlen aus den ersten Kriegsmomenten vom August 1914 bis Anfang 1916.

Das Jahr 1917 kennzeichnet sich durch ein weiteres ganz qualitatives Durchbrechen der Kampfweise der Flieger. Die Führung stellte die Luftstreitkräfte immer mehr in ihre Dienste und forderte nach dem Vorkriegsstand auf breiter Front einen großen Aufbruch.

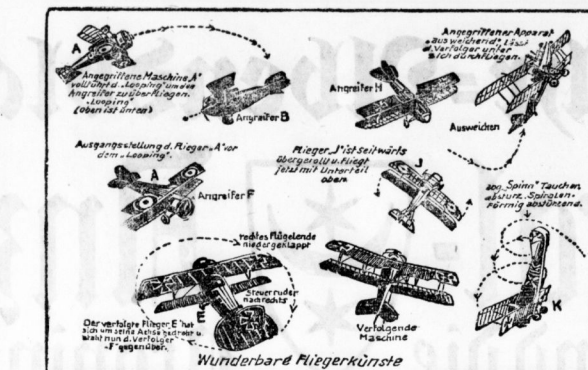
Das Jahr 1918 kennzeichnet sich durch ein weiteres ganz qualitatives Durchbrechen der Kampfweise der Flieger. Die Führung stellte die Luftstreitkräfte immer mehr in ihre Dienste und forderte nach dem Vorkriegsstand auf breiter Front einen großen Aufbruch.

Die amerikanischen Tonnen.

Aus dem Munde der Westfrontlichen sowie Sir Joseph Macdonald haben wir in diesem Sommer gehört, daß es um die Größe der Tonnen nicht ausbleibe, wenn nicht die Amerikaner jährlich 6 Millionen Tonnen neuer Schiffe bauen können.

Der Streit über die Größe der Tonnen hat sich im Sommer 1918 wieder entzündet. Die Amerikaner behaupten, daß sie jährlich 6 Millionen Tonnen neuer Schiffe bauen können. Die Briten behaupten, daß sie jährlich 4 Millionen Tonnen neuer Schiffe bauen können.

Die Amerikaner behaupten, daß sie jährlich 6 Millionen Tonnen neuer Schiffe bauen können. Die Briten behaupten, daß sie jährlich 4 Millionen Tonnen neuer Schiffe bauen können. Die Deutschen behaupten, daß sie jährlich 2 Millionen Tonnen neuer Schiffe bauen können.



Wunderbare Fliegerkünste

neuer Schiffe bauen können. Und „Daily Mail“ vom 4. Oktober schrieb: „Die militärischen Anforderungen werden gelöst werden, wenn es den Vereinigten Staaten gelingt, 6 Millionen Tonnen jährlich zu bauen.“

Der Streit über die Größe der Tonnen hat sich im Sommer 1918 wieder entzündet. Die Amerikaner behaupten, daß sie jährlich 6 Millionen Tonnen neuer Schiffe bauen können. Die Briten behaupten, daß sie jährlich 4 Millionen Tonnen neuer Schiffe bauen können.

Die Amerikaner behaupten, daß sie jährlich 6 Millionen Tonnen neuer Schiffe bauen können. Die Briten behaupten, daß sie jährlich 4 Millionen Tonnen neuer Schiffe bauen können. Die Deutschen behaupten, daß sie jährlich 2 Millionen Tonnen neuer Schiffe bauen können.

Die Amerikaner behaupten, daß sie jährlich 6 Millionen Tonnen neuer Schiffe bauen können. Die Briten behaupten, daß sie jährlich 4 Millionen Tonnen neuer Schiffe bauen können. Die Deutschen behaupten, daß sie jährlich 2 Millionen Tonnen neuer Schiffe bauen können.

4 Millionen Bruttotonnen entsprechen. Selbst angenommen, es gelänge den Amerikanern, ihr phantastisches Programm zu verwirklichen, so würde das bei weitem noch nicht die Einbußen durch den Vorkriegs-Verbrauch leicht wettmachen können.

Es scheint nachdrücklich, daß es die amerikanischen Schiffbauindustrien endlich die Unmöglichkeit einzusehen haben, ihr Programm zu erfüllen, und deshalb auf friedliche Wege durch Verständigung bei Unterfertigung von Bedingungen, die den Interessen des Vorkriegsstandes entsprechen.

Die Bedeutung der modernen Artillerie im Feldkrieg. Die Artillerie hat in den letzten Jahren eine ungeheure Entwicklung erlebt. Die Geschütze sind heute viel größer und schwerer als früher. Die Artillerie ist heute die Königin des Krieges.

Die Artillerie hat in den letzten Jahren eine ungeheure Entwicklung erlebt. Die Geschütze sind heute viel größer und schwerer als früher. Die Artillerie ist heute die Königin des Krieges.



Zur Wiederankunft der verjagten Flüchtlinge in West-Belgien.

Der Streit über die Größe der Tonnen hat sich im Sommer 1918 wieder entzündet. Die Amerikaner behaupten, daß sie jährlich 6 Millionen Tonnen neuer Schiffe bauen können. Die Briten behaupten, daß sie jährlich 4 Millionen Tonnen neuer Schiffe bauen können. Die Deutschen behaupten, daß sie jährlich 2 Millionen Tonnen neuer Schiffe bauen können.

Der entlegene Ort Meinenen. Nach der Vertriebung des Feindes soll die Bekanntschaft mit dem Ort Meinenen für die 152. Division gemacht werden. Die Division ist im Moment in der Bekanntschaft mit dem Ort Meinenen.

Der entlegene Ort Meinenen. Nach der Vertriebung des Feindes soll die Bekanntschaft mit dem Ort Meinenen für die 152. Division gemacht werden. Die Division ist im Moment in der Bekanntschaft mit dem Ort Meinenen.

Der entlegene Ort Meinenen. Nach der Vertriebung des Feindes soll die Bekanntschaft mit dem Ort Meinenen für die 152. Division gemacht werden. Die Division ist im Moment in der Bekanntschaft mit dem Ort Meinenen.

Der entlegene Ort Meinenen. Nach der Vertriebung des Feindes soll die Bekanntschaft mit dem Ort Meinenen für die 152. Division gemacht werden. Die Division ist im Moment in der Bekanntschaft mit dem Ort Meinenen.

Der entlegene Ort Meinenen. Nach der Vertriebung des Feindes soll die Bekanntschaft mit dem Ort Meinenen für die 152. Division gemacht werden. Die Division ist im Moment in der Bekanntschaft mit dem Ort Meinenen.

Der entlegene Ort Meinenen. Nach der Vertriebung des Feindes soll die Bekanntschaft mit dem Ort Meinenen für die 152. Division gemacht werden. Die Division ist im Moment in der Bekanntschaft mit dem Ort Meinenen.

Der entlegene Ort Meinenen. Nach der Vertriebung des Feindes soll die Bekanntschaft mit dem Ort Meinenen für die 152. Division gemacht werden. Die Division ist im Moment in der Bekanntschaft mit dem Ort Meinenen.

Der entlegene Ort Meinenen. Nach der Vertriebung des Feindes soll die Bekanntschaft mit dem Ort Meinenen für die 152. Division gemacht werden. Die Division ist im Moment in der Bekanntschaft mit dem Ort Meinenen.

Der entlegene Ort Meinenen. Nach der Vertriebung des Feindes soll die Bekanntschaft mit dem Ort Meinenen für die 152. Division gemacht werden. Die Division ist im Moment in der Bekanntschaft mit dem Ort Meinenen.

Atlas der Westfront. 1. Ostende-Arras, 2. Laon-Reims, 3. Reims-Vercun, 4. Toul-Nancy, 5. Colmar-Belfort. Taschenformat gebunden. General-Anzeiger für Halle u. a., Provinz Sachsen.

Der entlegene Ort Meinenen. Nach der Vertriebung des Feindes soll die Bekanntschaft mit dem Ort Meinenen für die 152. Division gemacht werden. Die Division ist im Moment in der Bekanntschaft mit dem Ort Meinenen.